

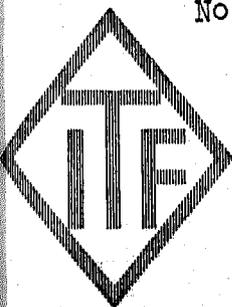


FASCHISMUS

4. Jahrgang
No. 9.

BERICHTE UND DOKUMENTE ZUR LAGE DER ARBEITER-
SCHAFT UNTER FASCHISTISCHER DIKTATUR.

Amsterdam, den 2. Mai 1936.



U.S.A. sagt ab. (ITF) 1932 beschlossen die am 1. Welt-Freizeit-Kongress beteiligten Organisationen, den 2. Welt-Freizeit-Kongress in Deutschland stattfinden zu lassen. Seit 1933 aber gibt es in Deutschland keine freien Arbeiter-Kultur-Organisationen mehr. Die Nationalsozialisten übertrugen die Vorbereitung dem Vergnügungsverein "Kraft durch Freude" der gelben Arbeitsfront. Sie wollen durch diesen Kongress, dessen Leitung dem Nationalsozialisten Rentmeister, einen früheren Gauleiter der österreichischen Nationalsozialisten, vor allem ausserhalb der Grenzen des Dritten Reiches den Boden für antigewerkschaftliche Propaganda lockern und den deutschen Arbeitern durch die Teilnahme der ausländischen Delegationen beweisen, dass das Ausland die gelbe Arbeitsfront als Vertretung der deutschen Arbeiter anerkennt. Als der Internationale Gewerkschaftsbund alle ihm angeschlossenen Arbeiterorganisationen und alle befreundeten Arbeiterkulturorganisationen über den wahren Charakter dieses Kongresses aufklärte und aufforderte, diesen Kongress zu sabotieren, antwortete die nationalsozialistische Propaganda mit der Veröffentlichung von Lobhymnen portugiesischer Staatssekretäre und des Amerikaners Kirby. Die portugiesischen Aeusserungen wurden nicht ernst genommen, denn jedermann weiss, dass Portugal ein faschistischer Staat ist, der keine freien Arbeiterorganisationen kennt. Aber Mr. Kirby ist Vizepräsident der bedeutenden National Recreation Association (Freizeit-Organisation) der Vereinigten Staaten. Die Internationale Transportarbeiter-Föderation wandte sich deshalb an den Chest for Relief and Liberation of Workers of Europa (Hilfs-Ausschuss der Arbeiterorganisationen der USA für die unterdrückten Arbeiter Europas) und bat um Auskunft, ob die Nationalsozialisten mit Recht mitteilen konnten, dass diese grosse amerikanische Organisation an ihrem Kongress teilnehmen. Der Präsident des "Chest", der zugleich Vizepräsident der American Federation of Labor ist, erhielt auf Anfrage vom Präsidenten der National Recreation Association den Bescheid, dass die Nationalsozialisten wieder einmal blufften: Die National Recreation Association beteiligt sich nicht am nationalsozialistischen Kongress. "Personen, die aus den Vereinigten Staaten zum zweiten internationalen Kongress gehen, gehen als Privatpersonen und nicht als Vertreter der National Recreation Association."

Neuer Mord. (ITF) Die dem "Führer und Reichskanzler" Hitler unterstellte Geheime Staatspolizei hat in den letzten Wochen Tausende deutscher Arbeiter verhaftet. Einige Hundert sind wieder entlassen worden, die meisten sitzen noch in den Gefängnissen, das Schicksal vieler ist unbekannt. Die Gestapo versucht, durch Foltern aus den Verhafteten Mitteilungen über illegale Verbindungen herauszupressen, sie schreckt vor keiner Tortur, vor keinem Mord zurück, um ihr Ziel zu erreichen.

In Köln wurde Ernst Jülich, bis 1933 Sekretär des freigewerkschaftlichen Metallarbeiterverbandes, von der Gestapo aus dem Ford-Werk in dem er als Arbeiter Beschäftigung gefunden hatte, geholt. Die Gestapo wollte ihn zum Verrat zwingen. Weil er schwieg, haben Hitlers Henker ihn zu Tode geprügelt, wie die zahllosen Aufrechten, deren Namen unbekannt blieben.

Der Mord an Husemann - Bericht von Augenzeugen. (ITF) Vor einem Jahre, am 13. April 1935 war Fritz Husemann, 22 Jahre hindurch Vorsitzender der freien Gewerkschaft der deutschen Bergarbeiter und langjähriger Leiter der Bergarbeiterinternationale, von Nationalsozialisten niedergeschossen worden. Der in den Vereinigten Staaten von Amerika lebende Sohn Husemanns hatte sofort bei der Staatsanwaltschaft in Bochum Strafanzeige wegen Mord eingereicht. Er erhielt lediglich die Antwort, dass seine Strafanzeige zuständigkeithalber dem Staatsanwalt in Osnabrück überwiesen worden sei. Bis heute ist keinem der Mörder ein Haar gekrümmt worden. Der folgende Bericht von Augenzeugen, den wir erst heute ohne Gefährdung der Berichterstatter veröffentlichen können, zeigt, dass die Schuldigen und ihre Auftraggeber leicht zu fassen gewesen wären - wenn die Auftraggeber nicht in den höchsten Stellen des Dritten Reiches sässen.

Am 12. April 1935 wurde Husemann mit 3 anderen Personen in einem Gefangenentransportwagen, in einer Zelle, die für 4 Personen berechnet war, nach Papenburg transportiert. Unterwegs wurden in diese Zelle noch 4 Gefangene hineingestossen. In Münster presste die Begleitmannschaft noch einmal 3 Gefangene in die überfüllte Zelle. Um die Tür schliessen zu können, mussten sich 2 Gefangenewärter mit aller Gewalt gegen sie werfen. Stehend, dicht aneinandergedrückt, wurden die Gefangenen transportiert.

Bei der Ankunft in Papenburg wurde der aus 67 Mann bestehende Transport durch die Bewachungsmannschaften auf Gefangenenautos getrieben. Die Bewachungsmannschaften waren mit Maschinenpistolen ausgerüstet, mit denen sie die Gefangenen stiessen, vor allem ins Kreuz. Mit Gewalt wurden die Gefangenen zusammengedrängt und dann die Tür in halber Höhe abgeschlossen. Die Gefangenen erhielten den Befehl, die Hände über dem Kopf zu falten. Jeder Versuch zum Widerstand bedeutete den Tod. Auf dem Wege zum "Lager Esterwege" wurden über den Köpfen derjenigen Gefangenen die ermüdet die Arme sinken liessen, 37 Schüsse abgefeuert.

Nach Ankunft im Lager erhielten die Gefangenen den Befehl: "Absteigen". Der 62jährige Husemann, der an Asthma litt und totmüde war, wurde durch den Sturmführer Lorentz (aus Dortmund) buchstäblich heruntergetreten. Die Gefangenen mussten antreten und der Lagerkommandant hielt ihnen eine Ansprache, in der er sagte, dass sie gerade recht gekommen seien, sie könnten nun gleich sehen, wie es bei ihm aussähe. Ein junger Arbeiter aus Oberhausen war nämlich zu 25 Schlägen mit dem Ochsenziemei verurteilt worden. Der Arbeiter wurde mit den Beinen an eine Art Tisch gebunden, dann wurde ihm ein Riemen unter den Achseln durchgezogen. 2 SS-Leute spannten die Hose. Der Lagerkommandant, Hauptsturmbannführer Schmitz, liess Freiwillige heraustreten. 5 SS-Leute drängten sich zum Prügeln. Das Opfer erhielt den Befehl, selbst die Anzahl Schläge zu zählen. Zählte er nicht laut genug, wurde so lange geschlagen, bis er wieder befehlsgemäss zählte. Im ganzen erhielt er 33 Schläge. Er hatte aus Hunger 5 Kartoffeln gestohlen. -

Die Neueingelieferten wurden nach dieser Kostprobe in die Baracke 4A gebracht. 2 Stunden später mussten sie bereits mit Schubkarren im Laufschrift hin und her laufen, immer 200 m. An diesem ersten Mittag brach Husemann zweimal zusammen, er musste mit Eimern Wasser zum Bewusstsein gebracht werden. Am folgenden Morgen wiederholte sich das noch dreimal. Wieder wurde er mit Eimern Wasser zum Bewusstsein gebracht.

Mittags befand sich Husemann, dem man zur Strafe einen besonders grossen eisernen Schubkarren gegeben hatte, tödlich ermüdet ungefähr 30 m von der Grenze entfernt, bis zu der sich die Gefangenen bewegen durften, als plötzlich der Sturmführer Lorentz den Befehl gab: "Schub-

karre stehen lassen. Laufschrift vorwärts". Husemann war noch keinen Meter über die Grenze gekommen, da knallten Schüsse. Husemann schlug vornüber, wälzte sich einige Male hin und her und stöhnte laut. Er war durch 5 Schüsse in die Magengegend getroffen worden. Sofort liefen Hauptsturmbannführer Schmitz und Sturmbannführer Gebhardt herbei, die ihn mit Schimpfworten überhäuften. Husemann flehte um einen Gnadenschuss. Als Antwort spuckte ihm Sturmführer Lorentz ins Gesicht. 2 Stunden lang lag Husemann noch auf diesem Platz....

So weit der Bericht der Augenzeugen.

Der Frau Husemanns wurde am 15. April mitgeteilt, ihr Mann sei "auf der Flucht erschossen" worden.

Wie Italien wirklich denkt. (ITF) Giovanni Giglio, der 17 Jahre als Korrespondent des englischen Arbeiterblattes "Daily Herald" in Rom lebte, wurde Anfang April von den Faschisten ausgewiesen. Jenseits der Grenze konnte er endlich offen über die wirkliche Lage in Italien berichten. Er schreibt im Daily Herald: "Seit Monaten wurde jedes Wort, das ich am Telefon sprach, von Mussolinis Geheimagenten abgehört und weitergemeldet. Jedes Kabel, das ich absandte, wurde geprüft und wieder geprüft, ob ich nicht etwa versuchte, eine Information zu senden, die die wirkliche Lage der Dinge enthüllte. An mich adressierte Briefe wurden vor der Auslieferung geöffnet. Schliesslich hat die Ovla (die faschistische Geheimpolizei) um mich und mein Haus ein ganzes Netz von Spionen und Beobachtern gelegt. Das Leben wurde fast unerträglich....

Der abessinische Krieg ist in Italien nicht populär. Die Italiener als Ganzes genommen sind des faschistischen Regimes, das sie in einen unnötigen Krieg geführt hat, überdrüssig, sie sind von ihm enttäuscht und stehen ihm feindlich gegenüber. Sie sehen, dass der Krieg das Land rasch zum Ruin treibt. Sie wissen, dass, gleichgültig, ob der Krieg Sieg oder Niederlage bringt, ihr Land bei Kriegsende völlig verarmt sein wird, und dass mindestens für die nächsten 20 Jahre Italiens Aussonderung unbedeutend bleiben wird. Aber keiner wagt, seine Ansicht zu äussern, es sei denn bei sich zu Hause, aber auch hier nur leise.

Die faschistische Partei ist gut organisiert. Wird es bekannt, dass dieser oder jener öffentlich kritisiert, dann beginnt das Elend. Er oder sie wird zum örtlichen Parteibüro gebracht, wo nach einem summarischen Gerichtsverfahren die Strafe verhängt wird. Im allgemeinen beträgt die Strafe 3 Jahre Verbannung auf eine der glühend heissen kleinen Inseln an der Nordküste Siziliens. Zu sagen, dass Mussolini verrückt ist, ist ein Verbrechen, das den Schuldigen sofort vor das faschistische Sondergericht bringt. Das bedeutet eine Verurteilung zu 10 Jahren. Ich kenne Fälle, in denen Frauen, die ihre Männer los sein wollten, ihr Ziel dadurch erreichten, dass sie der Polizei erzählten, dass ihre Männer häufig den Duce beschimpften...

Jedermann in Italien weiss, dass Mussolini aus Furcht vor der sich rasch verschlechternden wirtschaftlichen Lage Italiens in den Krieg ging. Selbst die Kreise, die dem Krieg zustimmten..., wissen, dass selbst wenn ganz Abessinien erobert wäre, kein Geld da sein würde, um seine zweifelhaften Schätze auszubeuten. Wenn der Krieg beendet ist -- gleichgültig wie --, wird Italien sich in einer schlimmeren Lage befinden als wenn kein Krieg geführt worden wäre.

Die Lebensmittelpreise steigen täglich. Die italienischen Hausfrauen in den grösseren Städten müssen fast jeden Morgen feststellen, dass irgendwelche Lebensmittel teurer geworden sind. Öl, Zucker, Kaffee, Butter, Schinken, Stockfisch und selbst Obst und Gemüse kosten jetzt fast doppelt so viel wie vor 4 Monaten....

Die letzten Siege Marschall Badoglio's und das Versagen des Völkerbundes bei den Ölsanktionen gegen Italien bewirkten jedoch, dass ein Teil der Jüngeren sich mit dem Kriege aussöhnte... Die Legende des "unbesiegten" Duce, der den Völkerbund und das "mächtige britische Reich" besiegen kann, beruht ganz auf diesem Versagen des Völkerbundes bei der Verhängung der Ölsanktionen. Als Ölsanktionen zum ersten Mal in der ausländischen Presse erwähnt wurden, war die Wirkung verheerend. Jeder machte sich klar, dass, wenn das italienische Kriegsministerium nicht länger Öl vom Ausland erhalten könnte, in wenigen Monaten Badoglio's 300 000 Mann starke Armee in Abessinien gezwungen wäre, die Feindseligkeiten einzustellen.

Wie üblich, spielte Mussolini seinen Trumpf aus, nämlich Bluff... Er erreichte, dass die Ölsanktionen wieder hinausgezögert wurden, während er jeden geeigneten Raum mit Petroleum füllte...

Dem italienischen Volk, das das Bild seiner wirtschaftlichen Zukunft deutlich vor sich sieht, ist es gleichgültig geworden, ob der Krieg mit einem Sieg oder einer Niederlage endet. Es weiss, dass es

ganz gleich, wie das Ergebnis (des Krieges) sein wird, in opfervollen Jahren die Wirtschaft und Finanzen seines Landes wieder aufbauen müssen". (Daily Herald, 14. April 1936.)

Protest in Danzig. (ITF) 2125 Landarbeiter im Freistaat Danzig haben mit vollem Namen, Beruf und Adresse eine Eingabe unterzeichnet, in der sie Aufhebung der verfassungswidrigen Verordnung des nationalsozialistischen Senats fordern, durch die ihnen vom Lohn ein Zwangsbeitrag für die als "Gefolgschaftsgruppe der Bauernkammer" bezeichnete Sektion der gelben Danziger Arbeitsfront abgezogen wird.

Dass trotz starken Terrors auf den Dörfern über 2000 Landarbeiter offen gegen die Nationalsozialisten demonstrierten, zeigt, wie stark die Erregung gegen die nationalsozialistische Sozialreaktion ist. In einer grossen Reihe von Orten ist die Zahl der offenen Demonstrierenden bedeutend grösser als die Zahl der Stimmen, die die gesamte Opposition am 7. April 1936 bei der "geheimen" Volkstagswahl in den gleichen Orten erreicht hat.

Danzig deportiert. (ITF) 80% der Bauarbeiter sind im nationalsozialistisch regierten Danzig erwerbslos. Der nationalsozialistische Senat hat wohl Geld für kostspielige Repräsentation aber nicht für Arbeitsbeschaffung. Es genügt ihm, die erwerbslosen Bauarbeiter aus der Statistik der Arbeitsämter streichen zu können. Wie im vergangenen Jahre wurde deshalb allen Bauarbeitern die Erwerbslosenunterstützung entzogen mit der Begründung, dass sie im Dritten Reich Arbeit finden könnten. Nach Danziger Recht muss einem Erwerbslosen eine bestimmte Arbeit nachgewiesen werden und er muss die Möglichkeit haben, sich über die Arbeitsbedingungen vorher zu informieren. Der Danziger Nazi-Senat aber verlangt von den Erwerbslosen, denen er die Unterstützung entzog, eine Zustimmung zur Annahme von Arbeit an allen Orten des Dritten Reiches. Die Arbeitsbedingungen werden nicht vorher bekanntgegeben. Es bleibt den deutschen Behörden überlassen, zu entscheiden, wo der deportierte Danziger Bauarbeiter beschäftigt wird und ob bei einem Zivilbau oder -- unter Kriegsrecht! -- bei Festungsbauten oder Flugplatzanlagen. Die ins Dritte Reich Vermittelten müssen sich durch Unterschrift verpflichten, nicht in die Heimat zurückzukehren, solange ihnen ein deutsches Arbeitsamt nicht bescheinigt, dass es ihnen keine Arbeit mehr vermitteln konnte. Erhalten sie diese Bescheinigung nicht, müssen sie auch als Erwerbslose im Dritten Reich bleiben. Eine Rückkehr in die Heimat wird auch denen erschwert, die Arbeit finden. Das Merkblatt, das den Erwerbslosen zur Unterschrift vorgelegt wird, enthält folgenden Schlusssatz: "Ich verpflichte mich, so bald ich eine Wohnung gefunden habe, meine Familie nachkommen zu lassen". Es handelt sich also nicht um eine reguläre "Arbeitsvermittlung", sondern um eine Deportationsmassnahme.

Von 100 000 zu 30 000. (ITF) Die Danziger Arbeitsfront hat in diesem Jahre 30 000 Nazi-Maiabzeichen herstellen lassen. Zum letzten Mai-Aufmarsch der Danziger Arbeitsfront wurden noch 100 000 Abzeichen angefertigt.

"Christliche Nächstenliebe". (ITF) Die von der christlichen Diktatur Österreichs ernannten Bürgermeister und Kommunalvertreter haben eine Reihe neuer Steuern beschlossen, die vornehmlich Arbeiter und Erwerbslose treffen. Der Landtag der Provinz Steiermark hat eine Fahrradsteuer eingeführt und ausdrücklich eine Befreiung der Erwerbslosen abgelehnt. Die Stadt Salzburg hat eine Fleischsteuer in Höhe von 6% eingeführt. Der "Gemeindetag" der Industriegemeinde Mödling hat eine Wohnungssteuer eingeführt, durch die sich die Miete für eine durchschnittliche Arbeiterwohnung fast verdoppelt. Jeder Raum wird belastet, die Küche (!), das Klosett (!), Badezimmer, Waschküche, Flur und Veranden und alle übrigen Nebenräume, selbst ein Hof gilt als Nebenraum.

Die Stadt Wien hat nicht nur (seit den 1. Januar) erneut die Mieten (durch Erhebung der sogenannten Fünftelgroschen-Abgabe) erhöht, die Gebühren für Wasser, Strassenreinigung, Müllabfuhr heraufgesetzt, sie hat jetzt noch den Gaspreis für die Kleinstverbraucher erhöht. Sie hat den Normal-Gaspreis, der bisher 23 Groschen pro cbm betrug, auf 21,5 Groschen herabgesetzt, aber gleichzeitig den Kleinstverbraucher tarif aufgehoben, so dass die Arbeiter und Erwerbslosen, die bisher als "10 cbm-Konsumenten" 20 Groschen pro cbm bezahlen mussten, mit dem erhöhten Preis belastet werden und in christlicher Nächstenliebe die Ermässigung für die Grossverbraucher mitbezahlen dürfen.

Schein-Autonomie. (ITF) Der österreichische Sozialminister hat
===== (am 25. März) eine Satzungsänderung des faschisti-
schen Gewerkschaftsbundes genehmigt, durch die die Rechte des von
der Diktatur bestellten Aufsichtskommissars eingeschränkt werden. Aber
das ist eine bedeutungslose Geste, denn der Regierungskommissar bei
der Arbeiterkammer bleibt mit allen seinen Rechten. Die Kammer ist
aber die Geschäftsstelle des Gewerkschaftsbundes, in ihr kann ohne
Zustimmung des Regierungskommissars nichts geschehen.

Es wurden dann noch einige Bestimmungen aufgehoben, nach denen
einzelne Verfügungen des Gewerkschaftsbundes in jedem Falle der
Genehmigung des Ministers bedürfen. Aber der Minister kann nach wie
vor jederzeit die entscheidenden Funktionäre der Einheitsgewerkschaft
abberufen und dadurch auf jedes Detail Einfluss nehmen. Die verord-
nete "Autonomie" ist eine leere Demonstration. Es gibt nur e i n e
wirkliche Autonomie: die Selbstverwaltung durch freigewählte und
absolut unabhängige, nur den Arbeitern und Angestellten verantwortli-
che Funktionäre.

Der Sozialminister hatte bei seinem Amtsantritt freie Gewerk-
schaftswahlen versprochen. Dieses Versprechen ist "vergessen" worden.

Die Frauen sollen Granaten drehen. (ITF) Eigentlich gehören nach
===== nationalsozialistischer Auffassung
die Frauen ins Haus. Aber "der Arbeitseinsatz der Frauen kann bei
der zeitlichen Dringlichkeit eines modernen Krieges nur dann wertvoll
sein, wenn er keine langen Anlaufzeiten benötigt. Schon der letzte
Krieg veranlasste zu einer vermehrten Beschäftigung von Frauen gegenü-
ber dem letzten Friedensjahr bei der Metallindustrie um rund 35%, bei
der chemischen Industrie um rund 75%, beim Baugewerbe um über 100%
und bei der Textilindustrie um sogar über 200%! Diese Beispiele mögen
genügen, um den Ernst dieses Problems zu unterstreichen, wobei einer
übertriebenen Frauennarbeit im Frieden keineswegs das Wort geredet
werden darf..." (Hauptmann Zinnemann in "Der deutsche Volkswirt" Nr. 27
vom 3. April 1936).

Das Dritte Reich hat bereits begonnen, die "Anlaufzeit" des ge-
planten Krieges zu verkürzen. Sämtliche Frauen und Männer, die wäh-
rend des Krieges 1914/18 Granaten gedreht haben, werden listenmässig
erfasst. Soweit sie bei der Deutschen Reichsbahn beschäftigt sind,
mussten sie umgehend den Bezirksdirektionen gemeldet werden.

Programm und Profit. (ITF) "Wir fordern restlose Einziehung aller
===== Kriegsgewinne", erklärte das nationalsozialisti-
sche Parteiprogramm (Punkt 12) und es ergänzte: "Wir fordern die Ver-
staatlichung aller bisher bereits vergesellschafteten Betriebe
(Trusts)" (Punkt 13). Die NSDAP beschloss: "Dieses Programm ist un-
abänderlich", doch bereits 1923, drei Jahre nach Verkündung des Pro-
gramms, wurde eine zweite Formulierung des Programms veröffentlicht,
in der nur noch "Einziehung aller nicht auf ehrlicher Arbeit beruhen-
den Kriegsgewinne" gefordert wurde. Hitler erklärte, jeder könne
"nach Geschmack eine der beiden Fassungen bevorzugen oder beide neben-
einander gebrauchen".

Im Dritten Reich beruhen natürlich alle Rüstungsprofite "auf ehr-
licher Arbeit". Der Generalstabsoberst Thomas, Chef des Wehrwirt-
schaftsstabes im deutschen Reichskriegsministerium, konnte denn auch
(am 9. April im "Deutschen Volkswirt") eine Erklärung veröffentlichen,
in der er die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie für Deutschland
strikt ablehnt, ja sogar erklärt, dass selbst "Gedanken (!) der Ver-
staatlichung in Deutschland nicht am Platze sind". Die Rüstungs-
industrie wird nicht verstaatlicht, die Rüstungsgewinne werden nicht
eingezogen. Die Rüstungsindustriellen haben das "unabänderliche"
Programm Hitlers beiseite geschoben.

Die Schwäche der "starken" Staaten. (ITF) Diktatoren spielen sich
===== gern als Leiter von starken
Staaten auf. Scheinabstimmungen mit möglichst hundertprozentigen Mehr-
heiten sollen die Geschlossenheit der Nation bekunden. In Wirklichkeit
fühlen sich die Diktatoren ausserordentlich unsicher. Sie haben die
legalen Organisationen der Arbeitenden unterdrückt, aber jetzt müssen
sie die illegalen Verbindungen fürchten; nur durch strengste Überwa-
chung glauben sie, der Massen sicher zu sein. Im nationalsozialisti-
schen Deutschland z. B. ist den Soldaten verboten worden, für die
Dauer des aktiven Wehrdienstes auch nur einem Rauchklub oder einem
geselligen Zusammenschluss ohne Genehmigung ihrer Vorgesetzten beizu-
treten. Denn das Kriegsministerium fürchtet die Illegalen; "was dem
einfachen Soldaten als Rauchklub, Lotterieverein oder Geselligkeits-
zusammenschluss vorgespiegelt wird, ist nicht selten ein geschickt
getarnter Zusammenschluss staatsgefährlicher Elemente" (Geh. Kriegs-
rat Dr. Wagner in der Juristischen Wochenschrift, 14.III.36.).

"Unfallversicherung". (ITF) Die "Volksgerichtshöfe", die Ausnahme-
 ----- gerichte gegen Antifaschisten, wurden (am 18.
 April) aus einer provisorischen Einrichtung des Dritten Reiches zu
 einer ständigen. Die Nationalsozialisten haben einsehen müssen, dass
 die Opposition gegen ihre Diktatur sich ständig erneuert.

Die Richter, die an den Volksgerichtshöfen die Paragraphen für
 die von der Diktatur geforderten Strafen zusammensuchten, wurden bis-
 her auf 5 Jahre berufen. Jetzt werden die Volksgerichtsräte auf
 Lebenszeit ernannt und "in der Besoldung so gestellt, wie es der Be-
 deutung ihres Amtes entspricht" (Völk. Beobachter vom 22. April 1936).

Flucht in die Sachwerte. Verschleuderung öffentlichen Eigentums.

----- (ITF) Der deutsche Grossbesitz rechnet mit
 einer baldigen Abwertung der Mark. Es ist bekannt geworden, dass
 Finanzämter den Auftrag erhielten, die Auswirkung einer eventuellen
 Abwertung auf die Wirtschaft ihres Bezirkes zu prüfen und darüber nach
 Berlin zu berichten. Wer irgend flüssiges Geld hat, legt es daher in
 Sachwerten an. Industrieaktien, Grundstücke und Häuser werden ge-
 kauft, die Preise für Grundstücke und für städtische Miethäuser sind
 erheblich gestiegen. Die Grossunternehmer, bei denen das Reich für
 Rüstungslieferungen verschuldet ist, drängen darauf, rechtzeitig statt
 der auf Reichsmark lautenden faulen Wechsel Sachwerte, Aktien öffent-
 licher Betriebe zu erhalten. Das Sprachrohr des Wirtschaftsministers
 Dr. Schachts, "Der deutsche Volkswirt", zieht bereits (am 9. April)
 eine Parallele mit den Jahren der Inflation, als "von Privaten ...
 Unternehmen, erworben wurden, (die) in und nach dem Kriege mit gros-
 sen Opfern des Reiches errichtet worden sind". Es muss warnend
 daran erinnern, dass dieses öffentliche Eigentum "oft gegen entwertete-
 tes Geld und für einen zu niedrigen Preis" verschleudert wurde.

Wer bezahlt Hitler? (ITF) Die von Hitler geleitete NSDAP hat seit
 ----- ihrer Gründung ihre Propaganda vornehmlich mit
 den Summen bezahlt, die ihr Industrielle und Bankiers zur Verfügung
 stellten. Selbst im Dritten Reich begnügt sich die NSDAP nicht mit
 der Plünderung der öffentlichen Kassen und mit Zwangs-Spenden der
 Arbeitenden, sondern lässt sich weiter von den Industriellen finan-
 zieren. Doch während bis zum Beginn des nationalsozialistischen Regi-
 mes die Bestechungsgelder der Industriellen heimlich gezahlt wurden,
 kassiert die NSDAP jetzt ganz offen von den Industriellen die "Adolf-
 Hitler-Spende der deutschen Industrie" und Hitler überreichte dem
 Industriellen Kirdorf, durch dessen Hände bis 1933 die Subventionen
 der Ruhrindustriellen an die NSDAP gegangen waren, dankbar den
 höchsten Partei-Orden, das goldene Parteiabzeichen. Trotz allem aber
 stellen sich die Nationalsozialisten gern als "unbestechliche" Politi-
 ker hin.

Dem Wirtschaftsminister Dr. Schacht ist diese Selbstbeweihräue-
 rung der braunen Schmiergeldempfänger zu viel geworden und er hat eine
 günstige Gelegenheit benutzt, trotz Zensur den Nationalsozialisten
 die Wahrheit zu sagen. Der Industrielle Kirdorf ist jetzt 90 Jahre
 alt geworden, Hitler hat seinem Gönner (am 8. April 1936) einen
 Gratulationsbesuch gemacht. Dr. Schacht riskierte deshalb zu einer
 Biographie des Industriellen ein Vorwort zu schreiben, in dem er sich
 darüber wunderte, dass "Wirtschaftsführern...Gewinnsucht und Egoismus"
 vorgeworfen wird, während "der Politiker der von den Gewinnen der
 Wirtschaft lebt, als Idealist gilt" (Emil Kirdorf, der Mann und sein
 Werk, National-Verlag, Essen, mit einem Geleitwort von Dr. Schacht).

Diese deutliche Anspielung empörte das Organ der SS, der natio-
 nalsozialistischen Leibgarden. Es wagt zwar nicht zu bestreiten, dass
 "schmutzige Scheine jahraus jahrein aus den Unkostenfonds gewisser
 Konzerne in die Taschen von politischen Schmarotzern am Volkwohl
 wanderten". Aber es erklärt, dass die Nationalsozialisten heute "die
 Pfennige des Volkes" als "Ehrensold" beziehen, dass der Politiker im
 Dritten Reich daher "keine Schmiergelder brauchte" (Das Schwarze
 Korps, Nr. 17 vom 23. April 1936).

Dr. Schacht aber weiss so gut wie jeder Industrielle, dass sich
 die Nationalsozialisten trotzdem weiter Schmiergelder zahlen lassen.

Ausbildung für die Flugzeugindustrie -- bei der Reichsbahn. (ITF) Die
 ----- Lehrlinge
 in den Werkstätten der Deutschen Reichsbahn werden im dritten und
 vierten Lehrjahr nur noch im Motorenbau ausgebildet. In den letzten
 Monaten mussten sich alle ausgelernten Lehrlinge verpflichten, in
 der Flugzeugindustrie Arbeit anzunehmen.

"Tariflöhne" -- auf dem Papier. (ITF) Das Statistische Reichsamt
 ===== veröffentlicht (in 2. Märzheft von
 "Wirtschaft und Statistik") eine Erhebung über die durchschnittlichen
 Verdienste der Maurer im September 1935 in den 14 Wirtschaftsbezirken
 der Treuhänder der Arbeit. Diese Erhebung ist absichtlich so ange-
 legt worden, dass sie keinen Vergleich ihrer Ergebnisse mit denen
 früherer Erhebungen gestattet. Doch sie ermöglicht für 5 Wirtschafts-
 gebiete eine Prüfung, wie weit die Tariflohnsätze, die der amtlichen
 Tariflohnstatistik, ~~an die~~ unbegreiflicherweise noch immer vom Inter-
 nationalen Arbeitsamt und von verschiedenen seriösen Publikationen
 der Sozialministerien einzelner Länder ohne Vorbehalt übernommen
 wird -- zugrunde gelegt werden, in Wirklichkeit gezahlt werden.
 In 4 dieser 5 Wirtschaftsgebiete -- in Ostpreussen, Bayern, Hessen
 und Sachsen -- wurde nach der Feststellung der Lohnerhebung bis zu
 5% unter **Tarif** gezahlt. Im Wirtschaftsgebiet Pommern, für das die
 Erhebung übertarifliche Verdienste ausweist, liegen durch Spezial-
 arbeiten für Befestigungen und unterirdische Lufthäfen Ausnahmever-
 hältnisse vor. Für ganz Deutschland weist die Erhebung (einschliess-
 lich aller Zuschläge!) einen durchschnittlichen Brutto-Stundenver-
 dienst von 79,1 Pfennig für Maurer aus, der 2 1/2% unter dem offi-
 ziellen Tariflohnsatz liegt.

Zum System geworden. (ITF) Die Tageszeitung der Deutschen Arbeits-
 ===== front berichtet, dass "sich in einem sächsischen
 Sägewerk... die Betriebsführung durch die 'irrigte Eingruppierung'
 der Gefolgschaft unter 'Angelernte' und 'Hilfsarbeiter' bislang ungo-
 stört auf Kosten des Arbeiters bereichert hatte". Durch diese "zum
 System gewordene untertarifliche Bezahlung" lagen die Verdienste
 der Arbeiter teilweise bis zu 40%" unter Tarif.

Derartige tarifwidrige Eingruppierung ist eine der im Dritten
 Reich üblichen Methoden "tariftreuen" Lohndrucks. Der Treuhänder
 hat sich auch in diesem Fall um diesen Tarifbruch nicht gekümmert.
 Erst unter Druck der Belegschaft wurde erreicht, dass der in der
 Tarifordnung vorgeschriebene Lohn gezahlt wird. ("Angriff" Nr. 90
 vom 17. April).

Die braune Lohnsenkung -- erneut bestätigt. (ITF) Wieder einmal ha-
 ===== ben amtliche deutsche
 Stellen zugeben müssen, dass die Behauptung der nationalsozialisti-
 schen Propaganda, das Dritte Reich dulde keinen Lohnabbau, Schwindel
 ist. Das deutsche Statistische Reichsamt veröffentlicht (in Wirtschaft
 und Statistik Nr. 7) die Ergebnisse einer amtlichen Lohnerhebung
 über die Arbeitsverdienste in der deutschen Textilindustrie. Ein Ver-
 gleich mit den beiden vorhergehenden Lohnerhebungen vom September
 1930 und September 1933 bestätigt erneut, dass die Löhne im Dritten
 Reich noch immer weiter sinken: Der Brutto-Stundenverdienst betrug:

	<u>im September 1933</u>	<u>im Dezember 1935</u>
männliche Facharbeiter	73,3 Pfg.	69,0 Pfg.
männliche Hilfsarbeiter	56,8	53,3
weibliche Facharbeiter	53,8	48,7
weibliche Hilfsarbeiter	41,3	37,7

Der Brutto-Wochenverdienst war durch die durch Rohstoffmangel
 und Rückgang der Massenkaufkraft bedingte "verstärkte" Kurzarbeit im
 Dezember 1935 noch weit stärker gesunken. Er betrug

	<u>im Sept. 1930</u>	<u>im Sept. 1933</u>	<u>im Doz. 1935</u>
männl. Facharb. Spinner:	40,36, Weber 40,79 RM	30,28 RM	27,31 RM
männl. Hilfsarb.	32,21 RM	26,83 RM	22,97 RM
weibl. Facharb. Spinnerin:	25,50, Weberin 29,52	23,54 RM	19,56 RM
weibl. Hilfsarb.	21,41 RM	18,81 RM	15,62 RM

Die Nettoverdienste lagen im Dezember 1935 (je nach Familienstand
 des Arbeiters) um 20-25% unter den niedrigen Bruttoverdiensten.

Vom September 1933 bis zum Dezember 1935 ist die Kaufkraft der
 Mark durch unaufhaltsame Teuerung um ca. 15% gefallen. Die Brutto-
 wochenverdienste sind in diesen Monaten also real bei den Textil-
 arbeitern um 23% bzw. 27%, bei den Textilarbeiterinnen um 29% bzw.
 34% gesunken. Die Kurse der Aktien der Textilindustrie aber stiegen
 in den gleichen Monaten um 29%.

DIE TRANSPORTARBEITER UNTER DEM FASCHISMUS

Nach 3 Jahren. (ITF) In den 3 Jahren seit Zerschlagung der deutschen freien Gewerkschaften ist es den Nationalsozialisten nicht gelungen, die Arbeiter, Angestellten und Beamten für die nationalsozialistische Sozialreaktion zu gewinnen. Die Generaldirektion der Deutschen Reichsbahngesellschaft musste jetzt (am 15. April) in einem Erlass erneut alle Dienststellenvorsteher auffordern, "sicherzustellen, dass die Gefolgschaft jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat eintritt" (Aktenzeichen 2 Ogsn). In 36 Monaten konnte das noch nicht "sichergestellt" werden.

Terror und Einschüchterungsversuche. (ITF) Die "christlichen Diktatoren" Oesterreichs wollen noch einmal versuchen, durch Terror und Einschüchterung den wachsenden Widerstand der Eisenbahner zu brechen. Die von den Diktatoren ernannten "Volksvertreter" haben (am 2. April) im "Bundestag" beschlossen, die am 31. Dezember 1935 ausser Kraft getretenen Bestimmungen über Zwangspensionierungen von Eisenbahnern wieder in Kraft treten zu lassen. Alle "Elemente" sollen aus dem aktiven Dienst entfernt werden, "bei denen nicht als staatspolitische Gesinnung (!) ein rückhaltloses Bekenntnis zu Oesterreich einwandfrei erkennbar ist". Der korrupte Präsident der österreichischen Bundesbahnen kann mit neuen Massregelungen aufrechter Eisenbahner beginnen. Jeder österreichische Eisenbahner kann wieder wegen angeblicher staats- und regierungsfeindlicher Tätigkeit unter Verlust aller Rechte entlassen werden.

Gereizte Stimmung. (ITF) Mit der Kürzung des Gedinge-Uebersverdienstes in der Güterabfertigung der Deutschen Reichsbahn haben sich die Güterbodenarbeiter nicht zufrieden gegeben. Immer wieder verlangen sie mindestens Wiederherstellung der alten Verdienstmöglichkeiten. In einigen Eisenbahnknotenpunkten kam es zu Differenzen. Der "Vertrauensrats"-Vorsitzende der Güterabfertigung eines grösseren Eisenbahnknotenpunktes Mitteldeutschlands wurde jetzt während der Arbeitszeit von mehreren Eisenbahnern fürchterlich verprügelt. Der vom Dienststellenleiter ausgesuchte "Vertrauensrat" ist zwar an der Senkung der Verdienste unschuldig, er hat nicht die geringsten Rechte. Aber die erregten Arbeiter, denen die Nationalsozialisten Gewerkschaft und Betriebsvertretung genommen haben, verabfolgten ihnen die Prügel, die sie den wirklich Verantwortlichen nicht verabreichen können. Ein Zeichen für die gereizte Stimmung innerhalb des Personals der Deutschen Reichsbahn.

Sprechende Ziffern. (ITF) An die Stelle der von der "christlichen Diktatur" aufgelösten Personalvertretung der österreichischen Eisenbahner ist die "Bundesfachleitung" der Betriebsorganisation der Vaterländischen Front getreten. Nach 9 Monate Tätigkeit legt die Bundesfachleitung einen Bericht vor, der für sich spricht:

Die Bundesfachleitung hat nach dem vorgelegten Rechenschaftsbericht in neun Monaten für Reisediäten, Sitzungsgelder und Entschädigung für Nebengebühren ihrer Mitglieder das runde Sümmchen von Schill. 16.132,39 ausgegeben. Die alte Personalvertretung hat in den letzten fünfzehn Monaten ihres Bestehens für Reiseentschädigungen und Sitzungsgelder im ganzen Schill. 141,85 ausgegeben, die nur für die Personalausschüsse verwendet wurden. Die neue Bundesfachleitung hat in neun Monaten für Kanzleierfordernisse Schill. 2102,60 ausgegeben, die alte Personalvertretung in den letzten fünfzehn Monaten im ganzen Schill. 185,82.

Abbau im Konsumverein. (ITF) Die von der christlichen Diktatur Oesterreichs gleichgeschaltete Konsumgenossenschaft in Salzburg beschäftigt heute statt 14 Hilfsarbeitern nur noch 5. Und diese Hilfsarbeiter verdienen heute noch ca 25% weniger als 1934.

Druck auf die Pensionäre. (ITF) Der von der christlichen Diktatur ernannte Bürgermeister Wiens hat durch Diktat die Statuten der Pensionskasse für Arbeiter und Bedienstete der Gemeinde Wien geändert. Städtische Arbeiter und Bedienstete können jetzt praktisch jederzeit vorzeitig pensioniert werden - wenn eine auch nur "vorübergehende Verringerung der Geschäfte durchgeführt wird". Eine Polizeistrafe wegen "staats- und regierungsfeindlicher Tätigkeit", ja selbst wegen eines Versuches, jemand anderen dazu zu verleiten, genügt künftig zur Entziehung der Pension. Die Pensionäre sollen aus Furcht vor dem Hunger "stattstreu" werden.